



# **Allen Kindern eine Zukunft geben – Strategien gegen Kinderarmut**

Reader zum Fachtag der Fraktion DIE LINKE. im Landtag  
von Sachsen-Anhalt am 27. September 2008 in Magdeburg

**Bildung  
wirkt!**

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

## Kontakt

### DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Arbeitskreis II „Bildung und Soziales“

Eva von Angern, MdL

E-Mail: vonangern@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Alexander Fuchs, wissenschaftlicher Referent

Telefon: 0391 5605014

E-Mail: fuchs@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

## Impressum

**Herausgeberin:** DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9 · 39104 Magdeburg

Dr. Thomas Drzisga (v.i.S.d.P.)

Telefon: 0391 5605004

Fax: 0391 5605008

Erste Auflage, November 2009

© DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

**Layout:** Katharina Lücke

**Druck:** Druckerei Hessel

**Auflage:** 300 Exemplare

**Fotos:** Mario Grünewald

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

# Allen Kindern eine Zukunft geben – Strategien gegen Kinderarmut

## Inhaltsverzeichnis

Eva von Angern

**Allen Kindern eine Zukunft geben! ..... 3**

**Kurzporträts der ReferentInnen ..... 3**

Christoph Butterwegge

**Kinderarmut in einem reichen Land – Ursachen, Folgen und Gegenstrategien ..... 4**

Gerda Holz

**Allen Kindern eine Zukunft geben (Powerpoint) ..... 10**

Katrin Kunert

**Kindergrundsicherung – Ein Netz für alle Kinder (Powerpoint) ..... 13**

Andreas Henke

**Städte brauchen Kinder ..... 14**

Uwe Sandvoss

**Kindeswohl als Leitidee einer Kommune (Powerpoint) ..... 17**

Thesen der Fraktion

**Strategien gegen Kinderarmut in Sachsen-Anhalt ..... 20**



Eva von Angern, MdL



Blick in den Tagungsraum



Prof. Dr. Christoph Butterwegge



Uwe Sandvoss (Referent)



Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender



Katrin Kunert



Gerda Holz



Anmeldung



Andreas Henke



Dr. Heidi Knacke-Werner



Frage an die Referenten

## Vorwort

# Allen Kindern eine Zukunft geben!

Armut bedeutet in Sachsen-Anhalt nicht, dass Kinder hungern oder in Lumpen zur Schule gehen müssen. Doch die Auswirkungen der materiellen Notsituation hat in Familien gerade für Kinder erhebliche Auswirkungen, die nachhaltig ihre Zukunft und Zukunftschancen hineinwirken. Unsere Gesellschaft lässt es zu, dass Kinder durch das Netz fallen, indem sie von Bildungsprozessen, von kultureller und sozialer Teilhabe mitunter ausgeschlossen und damit gesellschaftlich abgehängt werden. Doch materielle Not und gesellschaftliche Ausgrenzung sind keine Naturgesetze. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind gefragt, um diese Entwicklung zu stoppen und dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, in enger Kooperation mit kommunalen Mandatsträgern der Partei DIE LINKE Handlungsstrategien von der Kommune bis zur Bundesebene entsprechend zu entwickeln.

Ein Auftakt hierzu war die Konferenz „Handlungsstrategien gegen Kinderarmut“ am 27.09.2008. Es waren verschiedene Referenten geladen, die die administrativen Ebenen von Kommunen über Land bis Bund zusammengeführt und aufgezeigt haben, dass ein nachhaltiges Wirken nur gemeinsam erfolgreich sein kann.

Die positive Resonanz am 27.09.2008 regte uns zu diesem Reader an, der allen Teilnehmer(inne)n und Interessierten die Möglichkeit gibt, sich über die Inhalte zu informieren und sie gegebenenfalls in ihre tägliche politische Arbeit einzubeziehen.

Ich lade sie zur Lektüre und zu mehr Engagement im Rahmen Ihrer Möglichkeiten ein, um allen Kindern eine Zukunft zu geben!

Ihre **Eva von Angern**  
Kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin

## Kurzporträts der ReferentInnen

### Prof. Dr. Christoph Butterwegge

wurde am 26. Januar 1951 in Albersloh (Krs. Münster/Westfalen) geboren. Nach Abitur und Studium promovierte er 1980 zum Dr. rer. pol. an der Universität Bremen. 1990 habilitierte er im Fach Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Seit dem 1. Januar 1998 ist er als Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln tätig.

### Gerda Holz

studierte an der Fachhochschule Dortmund Sozialarbeit und Sozialpädagogik und absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaft an der Philipps-Universität Marburg. Seit 1990 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a. M.

### Katrin Kunert

wurde 1964 in Wolmirstedt geboren. Nach der Ausbildung studierte sie an der Agraringenieurschule im thüringischen Stadtroda und schloss mit dem Diplom-Ingenieur für Tierproduktion ab. Seit 2005 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages und die kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

### Dr. Heidi Knake-Werner

wurde 1943 in Tomaszow (Lodz/Polen) geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und ihrem Studium an der Universität Göttingen, arbeitete sie an den Universitäten Oldenburg und Bremen. Seit 1990 engagiert sie sich in der Partei DIE LINKE. Am 17. Januar

2002 wurde sie vom Berliner Abgeordnetenhaus zur Senatorin für den Bereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz gewählt, am 23. November 2006 vom Regierenden Bürgermeister Berlins zur Senatorin für den Bereich Integration, Arbeit und Soziales ernannt.

### Andreas Henke,

Jahrgang 1962, machte sein Abitur in Halberstadt und schloss sein Studium als Ingenieurökonom ab. Der Vater zweier Kinder ist seit 1990 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag und seit 1999 Stadtrat in Halberstadt. Seit Oktober 2006 ist Andreas Henke der Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt.

### Uwe Sandvoss,

geb. am 15.04.1960, machte eine Ausbildung zum Erzieher, später dann zum Diplom-Sozialarbeiter. Er ist Projektleiter der Stadt Dormagen und entwickelt ein Präventionsprogramm gegen die Benachteiligung und Folgen von Kinderarmut. Er ist Mitautor des „Dormagener Qualitätskataloges der Jugendhilfe“ und hat ein Kinderschutzkonzept für die Stadt Dormagen entworfen.

### Eva von Angern

ist die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Landtages seit der 4. Wahlperiode. Sie wurde am 1.12.1976 in Magdeburg geboren und ist Mutter eines Sohnes. Sie ist als Rechtsanwältin tätig und seit 2002 Vorsitzende des Magdeburger Stadtverbandes der Partei DIE LINKE. Sie ist Beisitzerin im Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. und engagiert sich im Kinderschutzbund Sachsen-Anhalt e. V.

## Kinderarmut in einem reichen Land – Ursachen, Folgen und Gegenstrategien

(Kinder-)Armut war jahrzehntelang kein Thema, das die deutsche Öffentlichkeit bewegte. Höchstens in der Vorweihnachtszeit, im Sommerloch oder am Weltkindertag (20. September) nahmen die Massenmedien der Bundesrepublik davon Notiz. Hierfür gibt es mehrere Gründe: **Erstens** ist unser Armutsbild von absoluter Not und Elend in den Entwicklungsländern geprägt, was viele Bürger/innen hindert, analoge Erscheinungen „vor der eigenen Haustür“ auch nur zu erkennen, zumal Kinderarmut hier viel weniger spektakulär daherkommt. **Zweitens** waren noch in der Nachkriegszeit eher ältere Menschen, hauptsächlich Rentnerinnen, von Unterversorgung betroffen. Man sprach erst gegen Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre von einer „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser), weil junge Menschen zur am häufigsten und am stärksten von Armut bedrohten Altersgruppe wurden. **Drittens** sind sogar Erzieher/innen, Lehrer/innen und andere Pädagog(inn)en aufgrund ihrer Mittelschichtzugehörigkeit manchmal nicht in der Lage, die Probleme von Kindern aus Unterschichtfamilien zu erkennen, die in einem anderen, weniger bürgerlich geprägten Stadtteil oder einem „sozialen Brennpunkt“ wohnen. Ein vierter Grund, warum Armut leicht „übersehen“ wird, liegt in den Versuchen begründet, die Schuld dafür den Betroffenen selbst oder im Falle der Kinder ihren Eltern in die Schuhe zu schieben, welche angeblich „faul“, „saufer“ oder „nicht mit Geld umgehen“ können. Man erwartet von den Armen im Grunde, dass sie sich nach der Münchhausen-Methode „am eigenen Schopf“ aus ihrer Lage befreien, und ignoriert, dass dies sinnvoller Angebote der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedarf, die es immer weniger gibt. Fünftens glaubt man irrtümlich, Kinderarmut in Kamen, Kassel oder Karlsruhe sei weniger problematisch als solche in Kairo, Kapstadt oder Kalkutta, sodass es sich überhaupt nicht lohne, darüber zu reden. Dabei kann Armut hierzulande sogar erniedrigender, deprimierender und bedrückender sein, weil vor allem Kinder und Jugendliche in einer wohlständigen Konsumgesellschaft einem stärkeren Druck von Seiten der Werbeindustrie wie auch ihrer Spielkamerad(inn)en und Mitschüler/innen ausgeliefert sind, durch das Tragen teurer Markenkleidung oder den Besitz immer neuer, möglichst hochwertiger Konsumgüter „mitzuhaltenden“, als in einer weniger wohlhabenden Umgebung. Empathie und Solidarität erfahren die von Armut betroffenen Kinder hingegen in einem geringeren Maße, als dies normalerweise dort der Fall ist, wo kaum jemand ein großes (Geld-)Vermögen besitzt. Mit der Armut und den Armen hat sechstens kaum jemand gern zu tun, weil selbst der Umgang damit stigmatisiert und die Betroffenen nach eher negativen Erfahrungen selten zu denjenigen Menschen gehören, deren offenes Wesen ihnen Freunde und Sympathie einbringt.

Mittlerweile avanciert Kinderarmut beinahe zu einem Modethema, das immer wieder Schlagzeilen macht. Gleichwohl haben sich die Fachwissenschaft, Massenmedien und etablierte Parteien nie ernsthaft mit dem Problem auseinandergesetzt, dass ein zunehmender Teil der Bevölkerung sozialer Exklusion unterliegt, während eine Minderheit unter maßgeblicher Beteiligung der Regierungspolitik (Senkung der Gewinnsteuern, Entlastung der Unternehmen,

Steuergeschenke an Firmenerben) immer mehr Reichtum anhäuft. Nach wie vor wenig beachtet, gehen von dieser sich gegenwärtig vertiefenden Kluft akute Gefahren für den inneren Frieden, die Humanität und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft aus, denn Drogenmissbrauch, (Gewalt-)Kriminalität und wachsende Brutalität stehen damit in Zusammenhang.

### Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen der Kinderarmut

Obwohl der 3. Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung am 25. Juni 2008 verabschiedet hat, die soziale Lage von Millionen Menschen, vor allem die Situation der Familien und Kinder mittels statistischer Taschenspielertricks beschönigt, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit bewusst, dass (Kinder-)Armut nicht nur in der sog. Dritten Welt, sondern auch hierzulande ein Problem darstellt. Dies gilt zumindest dann, wenn man darunter nicht nur absolutes Elend, vielmehr auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit versteht, das Betroffene daran hindert, sich ihrer persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten, sich optimal zu entwickeln und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Wenn man so will, handelt es sich hierbei um strukturelle Gewalt, die Kinder und Jugendliche noch härter trifft als Erwachsene.

Von den 11,44 Millionen Kindern unter 15 Jahren lebten im März 2007, auf dem Höhepunkt des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs, nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit fast 1,93 Millionen Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, landläufig „Hartz-IV-Haushalte“ genannt. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Flüchtlingsfamilien, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ca. ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt zudem die sog. Dunkelziffer (d.h. die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigter, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen), lebten etwa 2,8 bis 3,0 Millionen Kinder, d.h. jedes vierte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Verschärft wird das Problem durch erhebliche regionale Disparitäten (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle). So kamen in Görlitz 44,1 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren aus Hartz-IV-Haushalten, während es im bayerischen Starnberg nur 3,9 Prozent waren. Selbst in einer westdeutschen Großstadt wie Bremen gibt es Ortsteile, wo über 60 Prozent aller Kinder zu den Sozialgeldbezieher(inne)n gehören, d.h. geringe Bildungschancen und berufliche Perspektiven haben.

(Kinder-)Armut ist jedoch mehr, als wenig Geld zu haben, denn sie bedeutet für davon Betroffene auch, persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, sozial benachteiligt und (etwa im Hinblick auf Bildung, Gesundheit und Wohnsituation) unterver-

sorgt zu sein. Wenn man sinnvollere, nämlich qualitative und nicht-monetäre Kriterien für das Armsein anlegt, steigt die Zahl armer Kinder sogar auf 3,0 bis 3,3 Millionen Kinder. Über die Hälfte davon leben auf Sozialhilfe-Niveau; die Eltern der anderen haben entweder keinen Antrag gestellt oder etwas mehr Geld zur Verfügung, ohne deshalb eine sorgenfreie Kindheit ihres Nachwuchses gewährleisten zu können. Darin drücken sich die Sorgen und Existenznöte vieler Familien aus, während immer mehr andere zumindest keine materiellen Probleme haben.

Kinderarmut äußert sich in einem wohlhabenden, wenn nicht reichen Land wie der Bundesrepublik weniger spektakulär als in Mozambik, Bangladesch oder Burkina Faso, wo Menschen auf der Straße verhungern. Sie wirkt eher subtil, aber nicht minder dramatisch und lange. Hierzulande ist es für Kinder manchmal noch schwerer, arm zu sein, als in einer Gesellschaft, die sämtlichen Mitgliedern nur das Allernötigste bietet. Konsumchancen, z.B. das Tragen modischer Kleidung („Markenklamotten“), der Besitz des tollsten Handys und modernster Unterhaltungselektronik sowie teure Freizeitaktivitäten, bestimmen mit über die Möglichkeiten, die ein Kind bei uns im Freundeskreis bzw. der Clique hat. Jenseits von Nike und Nokia wird man gar nicht ernst genommen, was zu psychosozialen Belastungen führen kann und den Ausschluss junger Menschen aus vielen Lebenszusammenhängen nach sich zieht.

Besonders für Kinder und Jugendliche, deren Lebenswelt viel stärker als jene von Erwachsenen durch eine zunehmende Ökonomisierung und Kommerzialisierung geprägt ist, bedeutet arm zu sein, in mehreren Lebensbereichen (Einkommen, Beruf, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeit) Defizite aufzuweisen. Bei einem Kind ist ein solches Defizit beispielsweise im Wohnbereich dann gegeben, wenn es kein eigenes Zimmer hat. Weil auch die familiären Wohnverhältnisse beengt sind, wird der Kindergeburtstag nicht im Kreis der Schulkamerad(inn)en und Freund(inn)en zu Hause gefeiert, was zusammen mit anderen Restriktionen eine Isolation der Betroffenen nach sich ziehen kann. In vielen Familien reicht das Haushaltsgeld heute höchstens bis zur Monatsmitte; von da an ist Schmalhans Küchenmeister. Da den Eltern das Geld für die Klassenfahrt ihres Sprösslings fehlt, täuscht man oft ein Unwohlsein des Kindes vor.

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende (überwiegend Frauen) und kinderreiche Familien, deren Haushaltseinkommen zu gering ist, um den Unterhalt von Kindern zu bestreiten, was zu sozialer Unterversorgung und Ausgrenzung (Exklusion) führt. Für die betroffenen Familien erwachsen daraus ökonomische, soziale und psychische Belastungen, ja sie geraten häufig in eine schwere Zerreißprobe. Familien fungieren nämlich als „emotionaler Puffer“ (Sabine Walper) zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das die sozioökonomische Deprivation hervorruft, und den Kindern, die aufgrund solcher Restriktionen in ihrer kognitiven Entwicklung, schulischen Leistungsfähigkeit, psychischen Stabilität und physischen Konstitution gefährdet sind.

Alleinerziehende und kinderreiche Familien tragen nicht nur ein größeres Risiko als Kinderlose, arm zu werden, sondern bleiben auch länger in einer Notlage. Zwischen den prekären Lebenslagen

von Familien, den psychosozialen Folgen für die Kinder und Sozialisationsdefiziten besteht ein Kausal- bzw. Wechselverhältnis, das in einen „Teufelskreis der Armut“ führen und einen „intergenerationalen Schneeball-Effekt“ (Michael Klein) hervorrufen kann. Dies gilt nicht zuletzt für SGB-Bedarfsgemeinschaften bzw. Hartz-IV-Haushalte.

## Ursachen der Verarmung von Familien, Frauen und Kindern

Sind junge Menschen arm oder unterversorgt, macht man dafür gewöhnlich ihre Eltern, ein von der Norm abweichendes Verhalten (z.B. übermäßigen Alkoholkonsum) oder einschneidende Ereignisse in der Familienbiografie verantwortlich. Kinder gelten – im Unterschied zu arbeitslosen Erwachsenen, Bettlern und Obdachlosen – als „würdige Arme“. Man schiebt ihnen nicht persönlich die Schuld an ihrer Not zu, sondern blickt viel eher auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Hier liegt tatsächlich der Schlüssel zur Erklärung des Umstandes, dass es heute vermehrt Armut gibt und überwiegend Kinder bzw. Jugendliche davon betroffen sind. In der öffentlichen Diskussion wie der Fachliteratur werden die Auslöser von (Kinder-)Armut jedoch häufig mit deren Ursachen verwechselt. Während strukturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen Menschen leben bzw. in denen Kinder aufwachsen, die Voraussetzungen für Pauperisierungsprozesse bilden, lösen bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf solche Entwicklungen aus oder lassen sie voll zur Wirkung gelangen. Dadurch scheint es so, als seien etwa der Tod des (Familien-)Ernährers, die Scheidung bzw. Trennung vom (Ehe-)Partner und/oder eine Mehrlingsgeburt schuld am Entzug materieller Ressourcen, den Kinder und Jugendliche anschließend erleiden. Tatsächlich waren sie, ihre Eltern oder Mütter allerdings bereits vor dem betreffenden Schicksalsschlag unzureichend gesichert.

Armutsphänomene, Mangelercheinungen und soziale Bedürftigkeit sind nichts Neues, vielmehr so alt wie die Menschheit selbst. Auch die Kinderarmut, eine besonders subtile Form der Ausgrenzung und der Gewalt gegenüber den schwächsten Gesellschaftsmitgliedern, gibt es keineswegs erst seit kurzem. Gleichwohl weist sie „postmoderne“ Züge auf, die es nahe legen, ihre Entstehungsursachen in jüngerer Zeit zu suchen. Macht man den als „Globalisierung“ bezeichneten Prozess einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach Markterfordernissen, der Ökonomisierung und Kommerzialisierung für die Pauperisierung, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung verantwortlich, liegen die Wurzeln des stark vermehrten Auftretens von (Kinder-)Armut auf drei Ebenen:

- Im Produktionsprozess löst sich das „Normalarbeitsverhältnis“ (Ulrich Mückenberger), von Wirtschaftslobbyisten und Politikern unter den Stichworten „Liberalisierung“, „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-)Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder überhaupt nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein aus-

reichendes Einkommen noch den gerade im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.

- Im Reproduktionsbereich büßt die „Normalfamilie“, d.h. die z.B. durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten Lebens- und Liebesformen, die tendenziell weniger materielle Sicherheit für Kinder gewährleisten (sog. Ein-Elternteil-Familien, „Patchwork-Familien“, gleichgeschlechtliche Partnerschaften usw.).
- Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der forcierte Wettbewerb zwischen nationalen „Wirtschaftsstandorten“ entsprechend der neoliberalen Standortlogik einen Abbau von Sicherungselementen für „weniger Leistungsfähige“, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Kinder und Jugendliche sind nicht zuletzt deshalb stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das Projekt eines „Um-“ bzw. Abbaus des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die weniger Absicherung als vorherige Generationen genießen.

### Sozialreformen führen zur Armut von Familien und Kindern: Das Beispiel der sog. Hartz-Gesetze

Bei den sog. Hartz-Gesetzen, der „Agenda 2010“, den Gesundheitsreformen und den z.B. im „RV-Nachhaltigkeitsgesetz“ legislativ umgesetzten Vorschlägen der sog. Rürup-Kommission handelt es sich um Maßnahmen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, die seine ganze Architektur, Struktur und Konstruktionslogik verändern. Es geht längst nicht mehr nur um Leistungskürzungen im sozialen Sicherungssystem, sondern um einen Systemwechsel, anders ausgedrückt: um eine zentrale gesellschaftliche Richtungsentscheidung, welche das Gesicht der Bundesrepublik auf absehbare Zeit prägen dürfte. Das nach Peter Hartz benannte Gesetzespaket markiert eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders mit Hartz IV waren grundlegende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verschlechtern dürften.

Mit dem „Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I), das am 1. Januar 2003 in Kraft trat, wurden die Barrieren der Bedürftigkeitsprüfung erhöht, welcher sich Bewerber/innen von Arbeitslosenhilfe unterziehen mussten. Während die Vermögensfreibeträge deutlich gesenkt und die Mindestfreibeträge für verdienende (Ehe-)Partner/innen um 20 Prozent gekürzt wurden, entfiel der Erwerbstätigenfreibetrag ganz. Bis dahin wurde die Bemessungsgrundlage der Arbeitslosenhilfe, wie noch von der Kohl-Regierung verwirklicht, einmal im Jahr um 3 Prozent gekürzt, die so errechnete Leistung für Langzeitarbeitslose wegen der gesetzlich

vorgesehenen Dynamisierung jedoch erhöht, was fortan unterblieb. Hierdurch stieg das Risiko von Langzeitarbeitslosen, sozialhilfebedürftig zu werden, drastisch.

Auf der Grundlage des „Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz II) wurden „Ich-“ bzw. „Familien-AGs“ und „Mini-“ bzw. „Midi-Jobs“ eingeführt, auf der Grundlage des „Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz III), das am 1. Januar 2004 in Kraft trat, strukturierte man die seither „Bundesagentur für Arbeit“ heißende Nürnberger Behörde nach dem Vorbild der Privatwirtschaft und mit Hilfe moderner Managementkonzepte zu einem reinen Dienstleistungsunternehmen um. Die im Unterschied zu den „Markt-“ und „Beratungskunden“ als „Betreuungskunden“ abgestempelten Langzeitarbeitslosen werden kaum noch durch gezielte und hochwertige Qualifizierungsmaßnahmen reintegriert, sondern mit kurzen, möglichst kostengünstigen Trainingsmaßnahmen abgespeist. Außerdem wurde die Höchstbezugszeit des Arbeitslosengeldes (Alg) von 32 Monaten für über 57-Jährige auf 18 Monate für über 55-Jährige verkürzt, was die Große Koalition im November 2007 nach entsprechenden Vorstößen von Jürgen Rüttgers (CDU) und Kurt Beck (SPD) teilweise wieder rückgängig gemacht hat.

Mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) wurde die Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II ersetzt – eine reine Fürsorgeleistung, die nicht mehr den früheren Lebensstandard zum Maßstab der Leistungsgewährung für Langzeitarbeitslose macht. Dies führte zur Schlechterstellung von Millionen Menschen sowie zur Aufspaltung der bisherigen Sozialhilfeempfänger/innen in erwerbsfähige, die Alg II beziehen, einerseits und nichterwerbsfähige, die Sozialgeld bzw. -hilfe erhalten, andererseits. Daraus wiederum erwachsen neue Gefahren einer Stigmatisierung nach dem Grad der Nützlichkeit bzw. nach der ökonomischen Verwertbarkeit dieser Personen.

Langzeitarbeitslose müssen jede „zumutbare“ Stelle annehmen, auch wenn die Bezahlung weder tarifgerecht ist noch dem ortsüblichen Lohn entspricht. Eingerichtet wurde damit eine Rutsche in die Armut: Nach dem Auslaufen des Alg (I) bekommen Erwerbslose ein Arbeitslosengeld II, das präziser „Sozialhilfe II“ heißen würde, weil es den Charakter einer reinen Fürsorgeleistung hat. Mit seinem Grundbetrag von 345 EUR monatlich für den Haushaltsvorstand im Westen bzw. 331 EUR im Osten (plus Erstattung der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, sofern sie „angemessen“ sind) war das Alg II ebenso hoch wie der Sozialhilfe-Regelsatz. Zum 1. Juli 2006 wurde es auf das Westniveau angehoben, ein Jahr später um 2 EUR und zum 1. Juli 2008 auf 351 EUR erhöht. Kinder bis 13 Jahre erhielten zunächst ein Sozialgeld in Höhe von 207 EUR im Westen und 199 EUR im Osten (seit 1. Juli 2008 einheitlich 211 EUR), Jugendliche von 14 bis 18 Jahren 276 EUR im Westen und 265 EUR im Osten (ab 1. Juli 2008 einheitlich 281 EUR).

Seit dem Inkrafttreten von Hartz IV am 1. Januar 2005 müssen Langzeitarbeitslose gegen eine minimale „Mehraufwandsentschädigung“ von einem halben, 1 oder 2 EUR pro Stunde im öffentlichen Interesse liegende und zusätzliche Arbeit leisten, wollen sie ihren

Anspruch auf Unterstützung nicht zu 30 Prozent (und später ganz) einbüßen. Auf dem Arbeitsmarkt führen die sog. 1-Euro-Jobs zu einem Verdrängungswettbewerb von oben nach unten. Geringqualifizierte müssen gewärtigen, durch Alg-II-Bezieher/innen ersetzt zu werden, was Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge hat.

Durch die Umsetzung des im Vermittlungsausschuss von Bundestag und -rat weiter radikalisierten Konzepts der sog. Hartz-Kommission (Ausweitung nicht nur „haushaltsnaher“ Mini-Jobs sowie der Leih- bzw. Zeitarbeit durch Einrichtung von Personal-Service-Agenturen und „Entbürokratisierung“ der zeitweilig in „Ich-“ bzw. „Familien-AGs“ organisierten Scheinselbstständigkeit) hat der staatlich subventionierte Niedriglohnsektor an Bedeutung gewonnen. Den armen Erwerbslosen, die das Fehlen von oder die unzureichende Höhe der Entgeltersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückwirft, treten massenhaft erwerbstätige Arme zur Seite. Längst reichen selbst viele Vollzeitverhältnisse nicht mehr aus, um „eine Familie zu ernähren“, sodass man ein oder mehrere Nebenjobs übernimmt und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (schwarz) weitergearbeitet wird. Für die Kinder der davon Betroffenen heißt dies, dass sie ihre Eltern kaum noch zu Gesicht bekommen, für die Eltern mit einem McJob, dass sie ihre Kinder vernachlässigen müssen.

Die negativen Folgen der sog. Hartz-Gesetzgebung für Kinder und Jugendliche werden kontrovers diskutiert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Kinderschutzbund haben die Öffentlichkeit frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bzw. die Einführung des Arbeitslosengeldes II für Langzeitarbeitslose neue Zonen der Armut entstehen, wovon die Familien natürlich nicht unberührt bleiben. Wie die Rekordhöhe der Kinderarmut nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktreform, gehören Heranwachsende gemeinsam mit den Migrant(inn)en zu den Hauptverlierer(inne)n von Hartz IV. Hingewiesen sei noch auf einen weiteren, nichtmonetären Aspekt: Wenn man die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und die Mobilitätsanforderungen gegenüber den Arbeitssuchenden erhöht, verringern sich die Chancen für Familien, ein geregeltes, nicht durch Zeitdruck und/oder räumliche Trennung von Eltern und Kindern beeinträchtigtes Leben zu führen.

Die sog. Hartz-Gesetze konterkarierten Bemühungen zur Armutsbekämpfung. Besonders Hartz IV trägt durch das Abdrängen der Langzeitarbeitslosen samt ihren Familienangehörigen in den Fürsorgebereich dazu bei, dass Kinderarmut „normal“ wird, was sie schwerer skandalisierbar macht. Die finanzielle Lage von Familien mit Alti-Empfänger(inne)n hat sich durch den Übergang zum Alg II verschlechtert, was erhebliche materielle Einschränkungen für betroffene Kinder einschließt. Gleichzeitig dürfte die daraus resultierende Resignation von Erwachsenen eine negative Vorbildwirkung für die Kinder nach sich ziehen.

Eine soziale Grundsicherung, wie sie das Arbeitslosengeld II laut Gesetzestext sein möchte, muss vor Armut schützen, damit sie diesen Namen verdient. Das kann man in Anbetracht der äußerst niedrigen Grundbeträge beim Alg II allerdings nicht behaupten. Auf

2 Jahre befristete Übergangszuschläge in Höhe von maximal 160 EUR für Erwachsene und bis zu 60 EUR für Kinder monatlich, die nach einem Jahr halbiert werden, sowie (bis zum 31. Dezember 2007 auf 3 Jahre befristete) Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 EUR monatlich verhindern nicht, dass Familien, die (sonst) darauf zurückgreifen müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Betroffen sind auch diejenigen Kinder, deren Väter aufgrund ihres gegenüber der Arbeitslosenhilfe niedrigeren Arbeitslosengeldes II keinen oder weniger Unterhalt zahlen (können), denn die Unterhaltsvorschusskassen bei den Jugendämtern treten maximal 6 Jahre lang und auch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes ein.

Die im Frühjahr/Sommer 2006 vorgenommenen „Korrekturen“ an Hartz IV, mit denen mehrere Mrd. EUR jährlich eingespart werden sollen, kann man trotz Anhebung des Arbeitslosengeldes II im Osten an seine Höhe in Westdeutschland als „Hartz V“ bezeichnen, stellen sie doch eine deutliche Fortsetzung und Verschärfung des Drucks auf (Langzeit-)Arbeitslose dar. Heranwachsende und junge Erwachsene unter 25 Jahren wieder in der Abhängigkeit von ihren Eltern zu belassen und ihnen per Mittelentzug die Möglichkeit der Gründung eines eigenen Hausstandes zu nehmen, ist einer so reichen und hoch individualisierten Gesellschaft unwürdig. Aber auch die übrigen Kürzungs- und Kontrollmaßnahmen im Zweiten SGB-II-Änderungsgesetz und im Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz zeigen, dass Hartz IV nicht das Ende der Reformen, sondern nur einen Zwischenschritt auf dem Wege vom Sozialversicherungs- zum Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat darstellt.

Von den „Ich-AGs“, die in großer Zahl entstehen sollten, versprach sich die Bundesregierung – wie man heute weiß: zu Unrecht – einen Schub an marktwirtschaftlicher Dynamik. Dass sich nur wenige Arbeitslose mit einem von 600 EUR pro Monat im ersten Jahr über 360 EUR pro Monat im zweiten auf 240 EUR pro Monat im dritten Jahr sinkenden Förderungsbetrag als „Ich-AG“-Gründer/innen versuchten, aber viele davon scheiterten, verwundert einen kritischen Beobachter kaum. Nicht nur die materielle Situation, sondern auch die Position von Frauen und (alleinerziehenden) Müttern auf dem Arbeitsmarkt hat sich dadurch verschlechtert. Die sogenannten Mini- und Midi-Jobs übernehmen größtenteils Frauen. „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, die sie erbringen sollen, heißt im Klartext, dass ihnen Besserverdienende, denen dafür nach vorübergehendem Wegfall des sogenannten Dienstmädchenprivilegs nun auch wieder Steuervergünstigungen eingeräumt werden, geringe (Zu-)Verdienstmöglichkeiten als Reinigungskraft, Kinderfrau oder Haushälterin bieten. Ist die „Mini-Jobberin“ mit einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verheiratet, braucht sie wegen der kostenfreien Familienmitversicherung keine Krankenkassenbeiträge zu entrichten. Um die vollen Leistungen der Rentenversicherung in Anspruch nehmen zu können, muss eine (Putz-)Frau jedoch ergänzende Beiträge zahlen. Andernfalls drohen Sozialhilfebedürftigkeit und Altersarmut.

Die drastischen Verschlechterungen trafen nicht nur frühere Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe, z.B. Frauen, deren Ehemänner mit ihrem Einkommen über den neuen, niedrigeren Freibeträgen la-

gen. Auch jene Empfänger/innen von Sozialhilfe, die nicht erwerbsfähig sind, also nicht mindestens 3 Stunden täglich arbeiten können, müssen Einbußen hinnehmen. Sie erhalten zum Teil nach der ab 1. Januar 2005 gültigen Regelsatzverordnung weniger Geld, weil Einmalleistungen als pauschalierter Betrag im Regelsatz aufgingen. Beim HLU-Regelsatz stehen sich Kinder unter 7 Jahren jetzt zwar etwas besser, die übrigen Kinder und Jugendlichen jedoch schlechter als früher. Unter dem Wegfall der meisten wiederkehrenden einmaligen Leistungen, etwa für Kleidungsstücke oder defekte Haushaltsgeräte, sowie ihrer Umstellung auf den neuen, gegenüber dem bisherigen nur leicht angehobenen Eckregelsatz leiden primär Familien mit Kindern, deren Bedarf in dieser Hinsicht ausgesprochen hoch ist.

Die zum 1. Januar 2007 vorgenommene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent wirkte sich besonders für Familien von Geringverdienern und Transferleistungsempfänger(inne)n nachteilig aus, die einen Großteil ihres Einkommens in den Konsum stecken. Deshalb trifft sie die Mehrwertsteuer stärker als Besserverdienende (ohne Kinder). Indirekte bzw. Verbrauchssteuern sind eher unsozial, weil sie die Leistungsfähigkeit und finanzielle Lage der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigen. Dagegen bildet die „Reichensteuer“, von der Bürger erst ab einem Jahreseinkommen von 250.000 EUR bzw. Verheiratete ab einem Jahreseinkommen von 500.000 EUR erfasst werden, Unternehmer, Freiberufler und Selbstständige jedoch vorerst ausgenommen sind, nur eine Beruhigungspille für die SPD-Basis mit symbolischem Wert. Gleichzeitig öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter: Auf der einen Seite gibt es mehr (Kinder-)Armut, auf der anderen Seite mehr (Kinder-)Reichtum. Denn Firmenerben sollen von einem Großteil der betrieblichen Erbschaftsteuer befreit werden, wenn sie das Familienunternehmen 10 oder 15 Jahre lang fortführen und bestimmte Auflagen erfüllen. Multimillionärs- und Milliardärskinder würden ein Steuergeschenk der Großen Koalition erhalten, das die Champagnerkorken bei den Burdas, Oetkers, Quandts (Klattens) und Springers noch lauter knallen ließe. Reiche und Superreiche werden immer mehr aus der finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen entlassen, sofern sie sich nicht bereits steuersparend ins Ausland abgesetzt haben wie die Beckenbauers, Netzers und Schumachers, von den Massenmedien gleichwohl immer noch als „Kaiser“ oder „deutsche Helden“ gefeiert.

Zu befürchten ist, dass die der globalen Finanzmarktkrise womöglich auf dem Fuße folgende Weltwirtschaftskrise die soziale Schieflage in der Bundesrepublik durch eine wachsende Arbeitslosigkeit noch verschärft. Für die Armutsbekämpfung dürfte nach den für das Rettungspaket zugunsten der Banken nötigen Riesensummen in den Staatshaushalten jedenfalls eher weniger Geld zur Verfügung stehen. Neue, auf Leistungskürzungen zielende Reformen sind deshalb keineswegs ausgeschlossen. Wahrscheinlich müssen die Armen sogar die Suppe, die uns Banker, Broker und Börsianer eingebrockt haben, in Form weiterer „Sparprogramme“ auslöffeln. Gleichzeitig wird denen unter die Arme gegriffen, die ohnehin zu den Profiteuren der neoliberalen Modernisierung gehören. „Krisengewinner“ werden ganz sicher nicht die Kinder aus sozial benachteiligten Familien sein.

## Maßnahmen zur Verringerung/ Verhinderung von Kinderarmut

Wenn die heutige Ausprägung von (Kinder-)Armut in der Bundesrepublik primär eine Folge der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung/Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche ist, kann sie ohne ihr Gegenstück, d.h. den in wenigen Händen konzentrierten Reichtum, nicht verstanden werden. Wer über den Reichtum nicht reden will, sollte auch von der (Kinder-)Armut schweigen. Und wer die wachsende Kinderarmut mit Erfolg bekämpfen will, muss die Reichen (durch die Wiedereinführung der Vermögen- bzw. Erhöhung der Erbschaftsteuer) stärker zur Kasse bitten, also dafür sorgen, dass der Staat über ausreichende Finanzmittel verfügt, denn eine wirksame Armutsbekämpfung kostet viel Geld. Kinderarmut kann nur durch eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik, die Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt, beseitigt werden. Durch einzelne Schritte, etwa höhere Transferleistungen an (sämtliche) Eltern, sind prekäre Lebenslagen zwar zu verbessern, ihre Ursachen aber kaum zu beseitigen. Nötig wäre vielmehr ein Paradigmawechsel vom „schlanken“, wenn nicht magersüchtigen, zum interventionsfähigen und -bereiten Sozialstaat, der gleichzeitig stärker auf die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen von Eltern eingestellt werden müsste.

Die sich heute in allen entwickelten Industriestaaten verfestigende Massenarbeitslosigkeit zieht oft einen sozialen Abstieg nach sich, der meist stufenförmig verläuft und nicht nur direkt Betroffene, sondern auch deren Familien hart trifft, besonders dann, wenn es sich um Alleinerziehende handelt. Deshalb bildet die nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit auch einen Hebel zur Bekämpfung der Kinderarmut. Eine konsequentere Beschäftigungspolitik müsste von einer Umverteilung der Arbeit durch Überstundenabbau und einer Verkürzung der Wochen- wie der Lebensarbeitszeit über staatliche Investitionsprogramme bis zu einem öffentlich geförderten Dienstleistungssektor alle Möglichkeiten für die Schaffung von mehr Stellen nutzen.

Da die Aushöhlung bzw. Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ maßgeblich zur Verbreitung von (Kinder-)Armut beiträgt, ist die Bewahrung des Flächentarifvertrages ein weiterer Baustein zu ihrer wirkungsvollen und nachhaltigen Bekämpfung. Hinzutreten sollten Mindestlohnregelungen, wie sie in den meisten EU-Staaten längst bestehen. Sinnvoll wäre auch eine stärkere Rückbindung der Arbeitszeitregelungen in Betrieben und Verwaltungen an die Lebensbedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien, was im Grunde eine Neujustierung des Normalarbeitsverhältnisses bedeuten würde: Beschäftigte müssten zwischen Vollzeitarbeit, Teilzeitarbeit und Arbeitsunterbrechung ohne Einbußen an sozialer Sicherheit und beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten wechseln können, Arbeitgeber auf die je nach der Lebenssituation wechselnden Interessen ihrer Beschäftigten Rücksicht nehmen.

Ein neues, flexibles und den veränderten Bedingungen im Zeichen der Globalisierung genügendes Normalarbeitsverhältnis muss genauso wie das althergebrachte gesellschaftlich eingebettet sein

und sozial flankiert werden, wozu ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur mit Ganztagsbetreuung für Kinder unter 3 Jahren und im Schulalter (Ganztagschule) gehört. Kinderlässt sich in der Regel auf Frauen- bzw. Mütterarmut zurückführen, sodass der Schlüssel zu ihrer Verringerung in einer Erhöhung der weiblichen Erwerbsbeteiligung liegt, was eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraussetzt. Auf dem Weg dahin kann man zwei Strategien unterscheiden: Die simultane optiert für den Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen, wohingegen die sukzessive ein „Erziehungsgehalt“ favorisiert.

„Umverteilung von oben nach unten!“, nicht „Umverteilung von den Kinderlosen zu den Eltern!“ müsste die Devise einer gerecht(er)en Familienpolitik lauten. Dafür bietet sich auf den ersten Blick eine massive Erhöhung des Kindergeldes an, wie sie etwa der Deutsche Kinderschutzbund verlangt. Das in der 14. Legislaturperiode des Bundestages (1998 bis 2002) drei Mal angehobene Kindergeld ist zwar die wichtigste Sozialleistung zur Bekämpfung der Armut von Familien. Es wird aber voll auf die Unterhaltszahlungen bzw. Unterhaltersatzleistungen für Kinder angerechnet, was zur Folge hat, dass ausgerechnet jene Familien/Haushalte nicht an Erhöhungen partizipieren würden, deren Einkommen am niedrigsten ist. Wer die Kinder der Transferleistungsempfänger/innen, die nicht in den Genuss des künftig um 10 EUR (für das 1. und 2. Kind) bzw. 16 EUR (für das 3. und alle weiteren Kinder) höheren Kindergeldes kommen, weil dieses auf die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld angerechnet wird, mit einem Schulbedarfspaket in Höhe von 100 EUR abspeist, wie das die Große Koalition plant, vertieft die soziale Spaltung.

Die flächendeckende Versorgung der Menschen mit Ganztagschulen, die Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, hätte hingegen einen pädagogisch-sozialen Doppelleffekt: Einerseits würden von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert als bisher, andererseits könnten ihre Eltern leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme besser meistern ließe. Ergänzend dazu müssten (größere) Unternehmen für Alleinerziehende günstige Arbeitszeitmodelle und/oder Betriebskindergärten anbieten. Durch die Ganztags- als Regelschule lassen sich soziale Handikaps kompensieren, weil eine bessere Versorgung der Kinder mit Nahrung (bei gemeinsamen Mittagessen), eine gezielte Unterstützung vor allem leistungsschwächerer Schüler/innen (nicht nur aus Migrantenfamilien) bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung der Freizeit möglich wären.

Schulen müssen nicht nur länger geöffnet sein, sondern sich auch in ihrer strukturellen Verfasstheit stärker für Kinder und Jugendliche öffnen. Ohne die schon längst überfällige Abschaffung der Mehrgliedrigkeit des deutschen (Sekundar-)Schulsystems bleibt die Ganztagschule insofern Stückwerk, als sich nichts an seiner von PISA offengelegten sozialen Selektivität ändern würde. Bildungs-, besonders Schulpolitik, und (Sozial-)Pädagogik sind gleichermaßen gefordert, für alle Menschen befriedigende Lebensverhältnisse und ein Höchstmaß an Chancengleichheit zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer wie ethnischer Herkunft zu schaffen. Bildung

ist keine politische Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, kann aber gerade im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“, wo eine hohe Arbeitsproduktivität und Qualifikation des „Humankapitals“ als Standortfaktoren fungieren, zur Verbesserung der Lebenschancen von Kindern aus „Problemfamilien“ beitragen, allerdings nur, wenn sie nicht den Marktgesetzen bzw. privaten Verwertungsinteressen unterworfen und für die kaufkräftige Kundschaft reserviert wird.

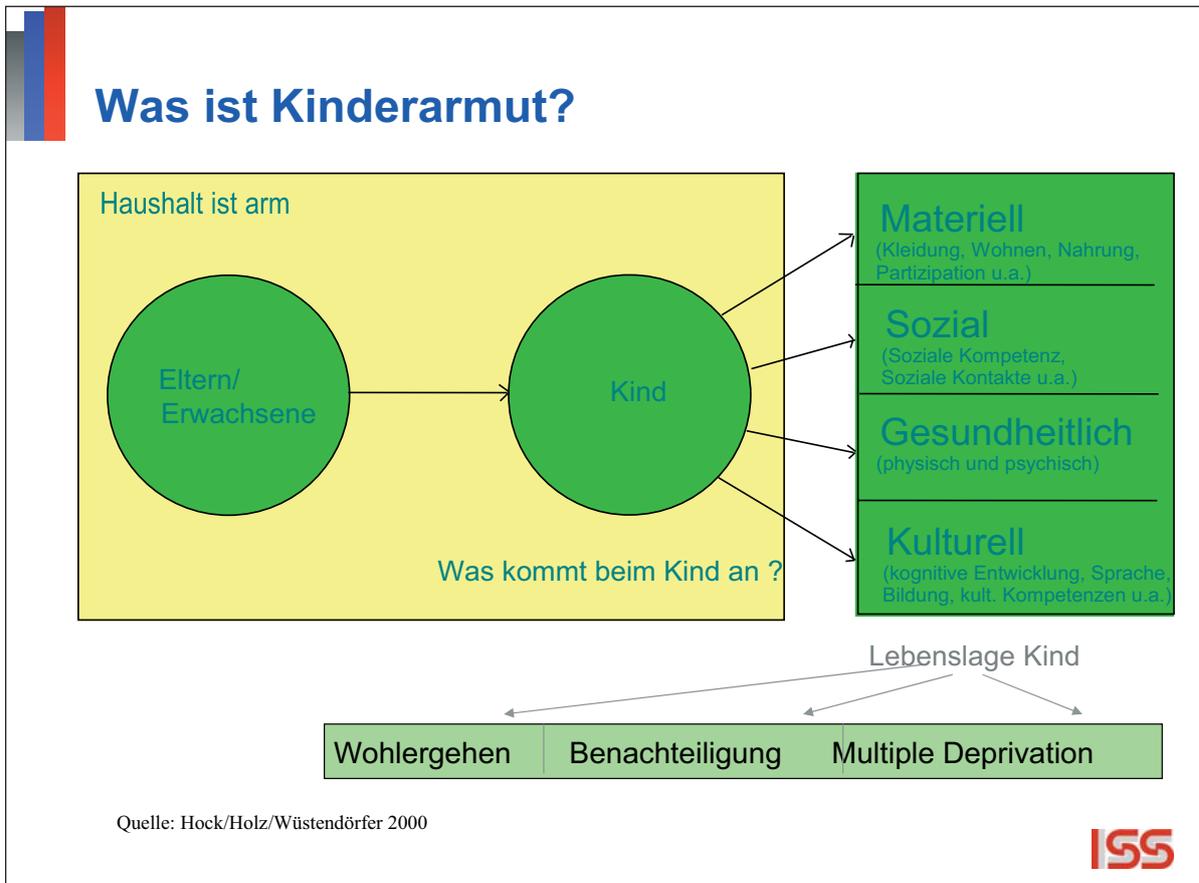
Das deutsche System der sozialen Sicherung ist nicht nur erwerbsarbeits- und ehe-, sondern auch zu erwachsenenzentriert. Eine auf die Verringerung bzw. Vermeidung von Armut zielende Kinder- und Jugendpolitik darf nicht zulassen, dass die kommunalen Angebote für diese Altersgruppe aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen und leerer öffentlicher Kassen weiter verringert werden. Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und noch ausgebaut werden sollten.

Politik für Kinder bzw. Jugendliche muss auch Politik von und mit Kindern bzw. Jugendlichen sein, wenn sie als gegenwärtig wohl am meisten von Armut und Unterversorgung betroffene Subjekte wirklich ernst genommen werden sollen. Kinder- und Jugendforen könnten dazu beitragen, dass die Betroffenen zumindest auf lokaler Ebene selbst mit über geeignete Maßnahmen zur Verringerung wie zur Verhinderung von Armut entscheiden. Eine die „vor Ort“ bestehenden Verhältnisse ignorierende Armutsbekämpfung von oben müsste in der kommunalen Sozialpolitik von Städten und Gemeinden durch eine Armutsbekämpfung von unten ergänzt bzw. ersetzt werden.

## Literatur

- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008.
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2006.

## Allen Kindern eine Zukunft geben



### Lebenslage von 10-Jährigen nach familiärem Einkommensniveau – 2003/04

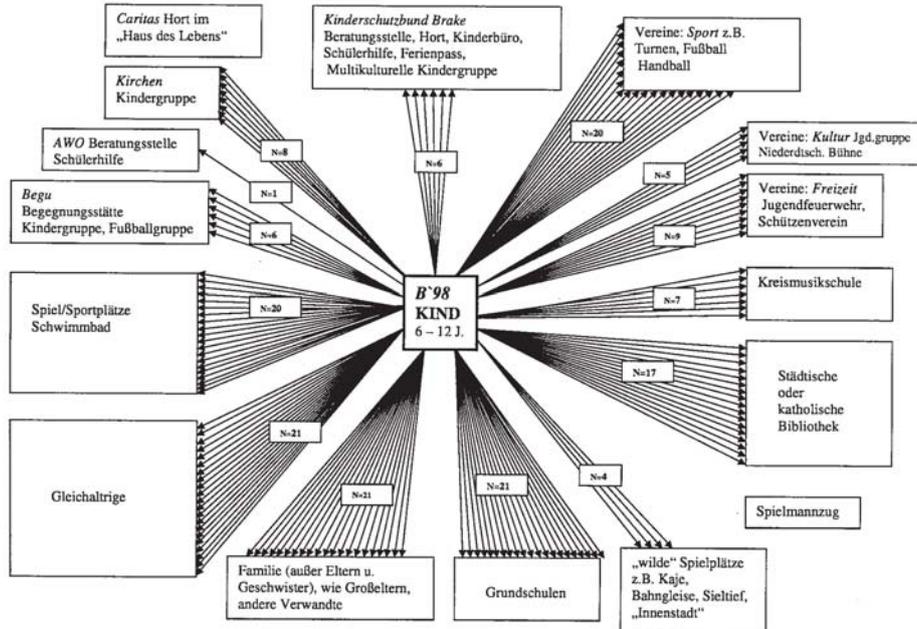
Lebenslagedimension	Arme Kinder ( $< 50\%$ )	Nicht-arme Kinder		
		Prekärer Wohlstand ( $50\% - 75\%$ )	Unterer Durchschnitt ( $75\% - 100\%$ )	Oberer Durchschnitt ( $> 100\%$ )
Materielle Lage/ Grundversorgung	51,6 %	9,2 %	5,3 %	0,0 %
Kulturelle Lage	37,7 %	19,0 %	9,5 %	3,6 %
Soziale Lage	34,6 %	16,0 %	15,8 %	3,6 %
Gesundheitliche Lage	25,8 %	23,3 %	21,1 %	8,4 %
N = 500	159	163	95	83

Quelle: „Armut im späten Grundschulalter 2003/04“; eigene Berechnung

ISS

Soziale Ressourcen B'98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen der Kontrollgruppe

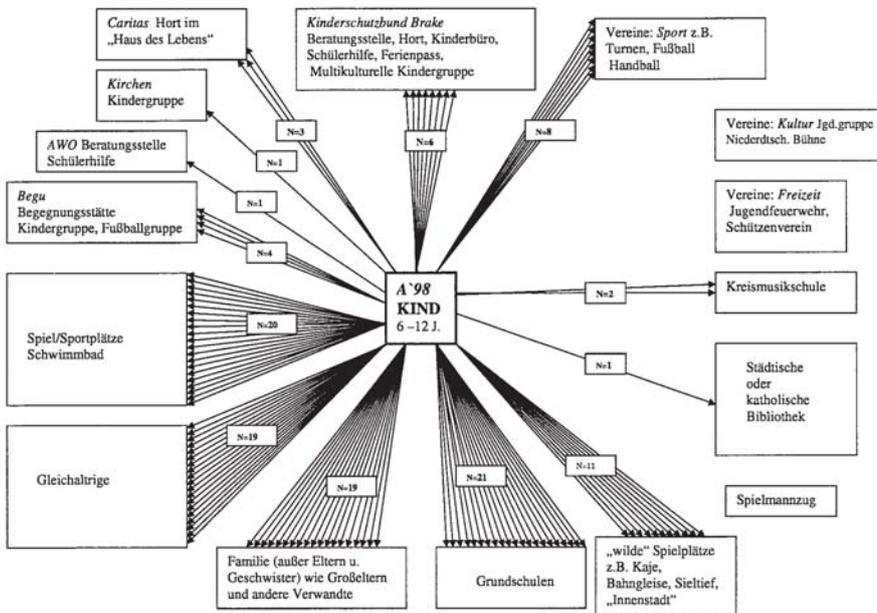
N = 21



Aus: Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?

Soziale Ressourcen A'98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen in Unterversorgungslagen

N = 21



Aus: Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?

## Strategien struktureller Armutsprävention für Kinder ausgerichtet auf ....

### ■ Erhöhung der finanziellen Ressourcen der Familien

- Arbeitsmarktintegration
- Ausbau von beruflicher Qualifizierung - ein Leben lang
- Sozialtransfer

### ■ Verringerung von Ausgaben der Familien

- Beitragsfreiheit von kindbezogenen Angeboten (Bildung, Gesundheit, soziale Teilhabe)
- Angemessener preiswerter Wohnraum
- Gesundheitsförderung

### ■ Wohlergehen von Mädchen und Jungen

- Verwirklichung und Sicherung von eigenständigen Kinderrechten
- Integrative Bildung
- Stärkung der Handlungskompetenz von lokalen Netzen
- Unterstützung von Eltern und Stärkung der Familien
- Entwicklung von Diensten einer kindbezogenen Prävention und zum Kinderschutz

## Kindergrundsicherung – Ein Netz für alle Kinder

### ◀ Kinderarmut in Deutschland - Fakten

- ◀ 15 Millionen Kinder leben in Deutschland. Seit Einführung von Hartz IV hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Kinder auf gut 2,5 Millionen verdoppelt (Laut PROGNOSE sind 2,36 Mio. Kinder in Deutschland „von Armut betroffen“).
- ◀ War 1965 nur jedes 75. Kind unter sieben Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, ist es heute mehr als jedes sechste.
- ◀ Etwa 5,9 Millionen Kinder leben in Haushalten mit einem Jahreseinkommen von 15 300 Euro und weniger - das ist rund ein Drittel aller kindergeldberechtigten Kinder.

### ◀ Fünf-Punkte-Sofortprogramm

**Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert:**

- ◀ Anhebung des Hartz IV – Kinderregelsatzes und Entwicklung zu einem kindgerechten Regelsatz
- ◀ Erhöhung und Reform des Kinderzuschlages
- ◀ schrittweise Einführung eines gebührenfreien Zugangs zu Bildung, Kinderbetreuung, Kultur und Sport
- ◀ Sonderfonds zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit
- ◀ Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro

## Städte brauchen Kinder

### Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

Auch wenn Deutschland nicht wie andere Länder den Weg gegangen ist, Kinderrechte in den Rang eines Verfassungsrechtes zu heben, so ist dennoch festzuhalten, dass sich die Rechtstellung von Kindern sowohl im öffentlichen wie auch im Zivil- und Familienrecht in den letzten Jahren verbessert hat – Kindschaftsrecht, Unterhaltsrecht, Beteiligungsrecht und Steuerungselemente in der Sozialgesetzgebung sind Stichworte dazu.

Aber all das hat nicht verhindern können, dass heute in Deutschland rund 1/3 aller kindergeldberechtigten Kinder in Haushalten leben, die sich an der Armutsgrenze bewegen.

Dies ist kausal sehr eng an das Thema „Demografischer Wandel“ angebunden – eine sehr liebliche Umschreibung für die nüchterne Feststellung, dass in Deutschland die Reproduktion der Bevölkerung nicht mehr funktioniert.

Und niemand wird bestreiten, dass es nicht an Lust mangelt, sondern dass es eher an der Last liegt, die Familien oder Alleinstehende mit Kindern zu schultern haben, besonders wenn sie Beziehungsbeziehungen mit geringem Einkommen sind. Dabei ist erst einmal unerheblich, ob sie Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit oder einer Sozialleistung beziehen.

Demografischer Wandel ist ohne Zweifel ein äußerst komplexes Thema, aber eben mit einer sehr ausgeprägten sozialökonomischen Komponente.

Die traditionelle Eltern-Kind-Familie ist zwar noch vorherrschend, trotzdem belegen Entwicklungstendenzen, statistische Erhebungen die Zunahme anderer Lebens- und Umgangsformen und damit auch verbunden Instabilität familiärer Beziehungen mit dem Ergebnis: wir werden älter, aber eben auch deutlich weniger. Ein Fakt, der Kommunen vor große Herausforderungen stellt.

Egal, ob in den Städten und Dörfern die Bevölkerung nur schrumpft oder gleichzeitig auch überaltert und verarmt; ohne gesamtstrategische Ansätze, ohne Handlungskonzepte in welcher Form auch immer, werden die Kommunen von dieser Entwicklung überrollt. Es geht nicht darum, das Thema demografischer Wandel mit schlimmen Endzeitszenarien zu verbinden, sondern vielmehr darum, es für die lokale politische Ebene als Entwicklungschance zu begreifen, deutlich zu machen, dass gesamtgesellschaftliche Tendenzen durchaus eine kommunalpolitische Steuerung erfahren können.

Lassen Sie mich kurz die Situation Halberstadts beschreiben: Wer Halberstadt vor der politischen Wende erlebt hat und wer diese Stadt heute betrachtet, wird bestätigen, dass Halberstadt wie kaum eine andere Stadt in Sachsen-Anhalt einen grundlegenden Wandel vollzogen hat.

Halberstadt zählte 1990 noch rund 48.000 Einwohner (heute 38.900 – 2020 ca. 34.500) und war wirtschaftlich maßgeblich durch

den Maschinenbau, Landmaschinen- und Schienenfahrzeugbau geprägt. Allein in diesen 3 Betrieben waren über 4.000 Menschen beschäftigt. Den Landmaschinenbau gibt es heute gar nicht mehr, er verschwand wie viele andere Betriebe – Kraftverkehr, Wohnungsbau und kleinere produzierende Firmen. Eine Arbeitslosenquote von in der Spitze bis zu 24 % war bezeichnend. Ausgebildete Fachkräfte, junge Leute haben in Scharen die Stadt verlassen und sind der Arbeit hinterhergezogen, natürlich in die alten Bundesländer.

Wer die Möglichkeit nicht hatte oder sie nicht wahrnehmen wollte, ist geblieben, zum Teil mit gravierenden persönlichen Einschnitten. Es gibt nicht wenige, die seit der Wende keiner Erwerbstätigkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt mehr nachgehen konnten. Mittlerweile sind jetzt schon die Kinder,- die jetzt jungen Erwachsenen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Noch immer bewegt sich die Arbeitslosenquote bei 13 %. Aber die Stadt hat trotz aller negativen Folgen die Wendezeit eine beispielgebende erfreuliche Entwicklung genommen.

Es begann 1990 mit dem Status Modellstadt für Stadtsanierung, den die damalige Bundesregierung verliehen hat. Mit enormen finanziellen Mitteln wurden die Reste der historischen Altstadt wieder hergerichtet – Leben/Wohnen in der Altstadt war wieder möglich. Einige Jahre später begann der Wiederaufbau des Stadtzentrums auf historischen Grundrissen. Das galt als einmalig in der gesamten Bundesrepublik.

Das war nicht nur ein prägendes Element in der städtebaulichen Entwicklung, es war darüber hinaus ungeheuer wichtig für eine neue Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Die damaligen Entscheidungen des Stadtrates/der Verwaltung haben wieder ein positives Lebensgefühl erzeugt und waren Signal, das zeigen sollte: es lohnt sich zu bleiben und in Halberstadt eine eigene Lebensvorstellung zu verwirklichen. Wenngleich der recht groß dimensionierte Arbeitsplatzeverlust der 90er Jahre noch nicht umfänglich kompensiert werden konnte, haben die Verwaltungsbeiräte Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung im engen Zusammenwirken mit der Politik und externen Partnern beachtliche Ergebnisse erzielt.

Halberstadt war Kreisstadt des alten Landkreises Halberstadt und ist Kreisstadt des neuen Harzkreises, ist Sitz von Landes- und Bundesbehörden. Das konsequente Festhalten an einer Stadtentwicklungskonzeption hat für attraktive Wohnstandorte gesorgt. Halberstadt ist ein Einkaufsmagnet der Region geworden. Um das Geld für Wohnen und Einkaufen erzielen zu können, war und ist Wirtschaftsförderung oberstes Gebot. An dieser Stelle erinnere ich immer gern an Walther Rath – „Nicht die Politik ist unser Schick ...“. Die Stabsstelle „Unternehmerbüro“, die in meiner Verwaltung für die Wirtschaftsförderung zuständig ist, habe ich für ein noch wirksameres Standortmanagement mit dem Bereich Stadtplanung ergänzt, beide unterstehen mir direkt.

In den vergangenen Jahren hat sich Halberstadt als wichtiger Wirtschaftsstandort im Nordharz etabliert. Der Maschinenbau und

die Metallverarbeitung sind wieder im Kommen, stark ausgeprägt ist der Bereich der kunststoffverarbeitenden Medizin-Technik, der nach meiner Anregung jetzt mit dem größten Arbeitgeber der Stadt, dem AMEOS-Klinikum, der Hochschule Harz und den Unternehmen der Nanotechnologie enger zusammenrückt.

Zwei große Gewerbegebiete sind flächenmäßig so gut wie ausgelastet, aber unser ausgewiesenes Industriegebiet hat noch erhebliche Kapazitäten frei. Gegenwärtig setzen wir gemeinsam mit Politik und Verwaltung alles daran, eine nicht geringe Investition mit einer Standortentscheidung nach Halberstadt zu holen.

Warum erwähne ich das alles? Weil demografischer Wandel, soziale Wandlungen in der Einwohnerstruktur einer Stadt eng gekoppelt sind mit der Frage, welche ökonomischen Perspektiven die Stadt den Bürgern, den Familien bieten kann.

Unsere gemeinsame vordergründige Aufgabe von Stadtverwaltung/ Stadtrat ist es, solche infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die optimale Bedingungen für wirtschaftliches/unternehmerisches Handeln möglich machen. Das zuerst – das Vorhandensein von existenzsichernder Arbeit, die Möglichkeit, sich ausbilden zu lassen, einen Beruf zu erlernen, bindet Menschen, besonders junge Menschen, trotz vorhandener Mobilität an ihre Stadt.

Diese arbeitsmäßige Bindung allein reicht aber nicht. Diese Erkenntnis muss in den Überlegungen, in den Denk- und Gestaltungsprozessen von Politik/Verwaltung ihren Niederschlag finden. Erst die Gesamtheit einer abgerundeten Stadtentwicklung, mit den Elementen des Flächennutzungsplanes, der Bauleitplanung, der Schulentwicklungsplanung, dem Netz an sozialer Betreuung für Kinder, Familien, Frauen und Senioren, das Schaffen und Erhalten einer kulturellen Vielfalt, Jugendarbeit und Freizeitmöglichkeiten schafft Lebensqualität. Nicht umsonst werden wir in Halberstadt demnächst unsere fortgeschriebene Stadtentwicklungskonzeption mit einem Leitbild ergänzen.

Ein Leitbild – dessen jetzt fertig gestellter Entwurf in enger Zusammenarbeit zwischen Rat, Stadtverwaltung und Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen entstanden ist – das nach öffentlicher Diskussion und Entscheidung im Stadtrat Antwort auf die Frage geben soll: Wie kann sich Halberstadt unter gegenwärtigen und zu erwartenden Bedingungen so entwickeln, wie müssen kommunalpolitische Entscheidungen aussehen, damit die Menschen dieser Stadt in ihr eine Lebensperspektive entdecken, in ihr gut und bezahlbar wohnen können, arbeiten können, Kultur erleben und genießen können, eine friedliche, offene und tolerante Atmosphäre finden und für mich das Entscheidende – das sie die Frage, ob Kinder in dieser Stadt eine Zukunft haben mit ja beantworten.

Und warum ich eben auch die offene und tolerante Atmosphäre betont habe, liegt auf der Hand:

Wo eine Mittelschicht nach unten absackt, wächst mit dem Frust, der Enttäuschung oft die Bereitschaft und Empfänglichkeit für Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Wenn eine Stadt solche Erscheinungen nicht nur latent erlebt, wenn sie sehr offenkundig mit solchen Problemen konfrontiert wird, dann ist das zweifellos schlimm für die Menschen, schlimm für die, die Opfer solcher Extreme werden – es bewirkt aber auch, dass Menschen dieser Stadt den Rücken kehren oder wegbleiben.

Halberstadt ist da keine Ausnahme. Und weil wir als Verwaltung nicht nur anständig sondern auch zuständig sind, gibt es eine sehr enge personelle Schnittstelle zum Bürgerbündnis, zum lokalen Präventionsrat und dem Präventionsrat des Landkreises.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

ich möchte bis hierher noch einmal deutlich unterstreichen: Die Kinderfreundlichkeit einer Kommune definiert sich nicht nur über Anzahl und Zustand von Spielplätzen. Kommunalpolitische Strategien für Kinder brauchen den direkten Bezug zum Ort, an dem Kinder aufwachsen.

Wir entscheiden mit dem Stadtrat und der Verwaltung, welche infrastrukturellen Voraussetzungen, welche Angebote notwendig sind, um wirksam auf Lebensverhältnisse von Kindern Einfluss nehmen zu können.

Dazu gehören stadtteilnahe Standorte von Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten. Hier haben wir uns nach intensiver Diskussion im Rat und am so genannten runden Tisch auf Standorte festgelegt, die fußläufig sicher erreichbar sind, die in angemessener Nähe an den ÖPNV angebunden sind, die sowohl funktional, aber auch optisch kindgerecht gestaltet sind

Selbstredend haben wir dafür alle denkbaren Fördermöglichkeiten genutzt und werden darauf trotz schwieriger Finanzlage auch weiterhin setzen. Und wo es aus eigener Kraft nicht weiter ging haben wir dankend auch auf die Unterstützung von Fördervereinen und Sponsoren zählen können.

Aber auch die Inhalte von Bildung und Betreuung werden so ausgerichtet, dass insbesondere unsere Kindertagesstätten ein Ort der Begegnung, der Erfahrung, des Lernens und erst recht des Wohlfühlens sind. Dabei stehen frühkindliche Bildung, „Bildung elementar“ trotz begrenzter personeller Ressourcen ebenso auf unserer Agenda wie der Einsatz gut ausgebildeter Fachkräfte – Erzieherinnen und Kinderschutzfachkräfte. Erst kürzlich haben wir ins Rathaus eingeladen, um unser Programm „Lokales Frühhilfesystem zum Schutz des Kinderwohls“ vorzustellen.

Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk, in dem speziell ausgebildete Kinderschutzfachkräfte der Stadt Hand in Hand mit dem Jugendamt des Landkreises mit Kinder- und Jugendberatungsstellen freier Träger und Kinderärzten in der Ambulanz wie auch dem Frau-Mutter-Kind-Zentrum des Krankenhauses zusammenarbeiten. Vordergründig liegt der Wert auf einer Früherkennung von Symptomen, die auf häusliche Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung oder Fehlentwicklung des Kindes hindeuten. Alle Beteiligten eint das Interesse, das Lebensumfeld und Lebensumstände der Kinder qualitativ zu verbessern.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum Programm „Bildung elementar“. Inhaltlich völlig unstrittig, es droht aber an praktischen Voraussetzungen zu scheitern: ein viel zu enger Personal-Schlüssel, der selbst Urlaubs- und Krankheitsvertretung erschwert, eine Gruppenstärke, die individuelles Arbeiten mit Kindern kaum zulässt, ebenso wenig wie eine ausführliche Dokumentation der Entwicklungsstände der Kinder und das Gespräch mit den Eltern bis hin zur Frage der Kosten für Aus- und Weiterbildung. Hier sind noch viele Fragen offen.

Ein Wort noch zu den Kosten für die Kinderbetreuung. In dieser Frage herrscht Konsens mit dem Rat, die Beteiligung von Eltern an den Kosten über Gebührensatzungen so zu regeln, dass sie nach Einkommensgruppen gestaffelt der finanziellen Lage der Eltern entsprechen und gleichzeitig ausgeschlossen wird, dass Kinder keinen Zugang zur Betreuung haben, weil es sich die Eltern nicht leisten können.

Ähnliches gilt für die Gestaltung von Eintrittspreisen für Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Stadt wie Schwimmbad, Tierpark, Museen, Theater, ebenso die Beteiligung dieser an den Regelungen eines Sozialpasses des Landkreises.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

lokale Strategien für Kinder, die auf die Qualität ihrer Lebensverhältnisse und ihrer Umwelt abzielen sind äußerst facettenreich, berühren viele Themenfelder, sie sind sozusagen eine Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung. Dafür ließen sich noch viele Beispiele benennen – Kinder- und Jugendtheater, Kinderbibliothek, museumspädagogische Veranstaltungen, Teilnahme am LOS-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ zur Aufwertung von Stadtteilen bis hin zur finanziellen Förderung von Vereinen und Projekten freier Träger in der Kinder- und Jugendarbeit.

Die Verantwortung dafür lässt sich nur gemeinsam wahrnehmen im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Behörden und vielen anderen Partnern, so auch der Wirtschaft, die in Halberstadt mit nicht wenig Geld, die Arbeit von Vereinen und Kultureinrichtungen und Veranstaltungen unterstützt.

Eine Hilfe, die ich sehr schätze, weil ohne das Engagement der Wirtschaft einiges auf der Strecke bliebe. Die Stadt auf sich allein gestellt, könnte vieles nicht mehr leisten. Wir leben ohnehin über unsere Verhältnisse.

Die Stadt hat seit 2003 keinen ausgeglichenen Haushalt, schieben annähernd 60 Mill. € Schulden aus langfristigen und Kassenkrediten vor uns her, haben allein in diesem Jahr ein negatives Ergebnis von 4,5 Mill. € im Plan ausgewiesen, leisten aber jährlich um die 40 Mill. € für Zins und Tilgung. Die Aussichten auf die Ertragslage werden nicht besser. Die Orientierungsdaten des Landes lassen im Hinblick auf das Absenken der Verbundquote sowie die Stärkung der Oberzentren zu Lasten der Mittel- und Grundzentren nichts Gutes erwarten. Der Entwurf des Gemeindefinanzreformgesetzes des Bundesrates lässt auch hier Rückgänge beim Gemeindeanteil an Einkommenssteuer/Umsatzsteuer erwarten. Die Gewerbesteuererinnahmen sind zwar seit 2005 gestiegen, beginnen aber jetzt zu stagnieren. Steigende Kreisumlage und Tarifkosten dämpfen unsere Hoffnung auf Konsolidierung ebenfalls drastisch. Die gestaltet sich ohnehin sehr schwierig und mit nur kleinteiligen Maßnahmen. Vielleicht können Sie angesichts dieser Rahmenbedingungen und den gleichzeitigen Anforderungen an die Zukunftssicherung unserer Kinder Verständnis dafür entwickeln, dass in der Abwägung von Daseinsvorsorge für mich die erste Daseinsvorsorge darin besteht, der Stadt wieder einen finanziellen Handlungs- und damit Gestaltungsspielraum zu verschaffen. Das schließt in der Konsequenz auch solche Optionen ein, die wie der Verkauf städtischer Wohnungen, in der öffentlichen Vermittlung sehr unbequem sind, weil sie natürlich ein Lebensgut der Bürgerinnen und Bürger berühren.

## Kindeswohl als Leitidee einer Kommune

### Definition Kinderschutz

- Moderner Kinderschutz versucht, die **Lebensbedingungen von Kindern und Familien positiv zu verändern**, indem er die Eigenkräfte der Familien stärkt, soziale Konflikte und Notlagen erkennt und konkret Hilfe leistet. Eltern werden bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder unterstützt.
- **Kinderschutz ist partnerschaftliche Aktion im Gemeinwesen zur Schaffung einer kinderfreundlichen Kultur des Aufwachsens.** Kinderschutz ist Familienschutz und als solcher Garant des Kindeswohl.



Dormagen  
Mittendrin : Im Leben

Allen Kindern eine Zukunft geben  
Strategien gegen Kinderarmut  
Magdeburg

27.09.2008

NeFF Dormagen  
Uwe Sandvoss  
Stadt Dormagen

### Definition Kinderarmut

- In Dormagen definieren wir Kinderarmut zum einen über die Einkommensverhältnisse der Eltern (Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen) sowie Familien, die in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben, also knapp über den staatlichen Versorgungsleistungen,
- zum anderen über den Lebenslagensatz, d.h. bei Unterversorgung in den zentralen Lebensbereichen von Kindern.



Dormagen  
Mittendrin : Im Leben

Allen Kindern eine Zukunft geben  
Strategien gegen Kinderarmut  
Magdeburg

27.09.2008

NeFF Dormagen  
Uwe Sandvoss  
Stadt Dormagen



## Was heißt Prävention?

- Positive Lebensbedingungen für **alle** Familien und Kinder schaffen und für **alle** Kinder zugänglich gestalten, um Entwicklungsrückständen zu begegnen
- Eltern und Kindern vorhandene Hilfen bekannt machen, anbieten und neue Angebote entwickeln
- Alle Kinder in ihrer Entwicklung so früh wie möglich fördern



## Präventionsprogramm / Leitziele

1. Die Stadt Dormagen unterstützt über ein Netzwerk die frühe Förderung von Kindern, Präventionsprojekte und fördert Familien in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen.
2. Die Fachkräfte der Stadt Dormagen nutzen das bis Herbst 2007 entwickelte Präventionsprogramm, das vor allem darauf zielt, Benachteiligungen durch Armut abzubauen.
3. Kinderschutz wird in der Stadt Dormagen als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe thematisiert.

# Präventionsprogramm / Leitziele

Dormagen



Mittendrin : Im Leben

1. In Dormagen wird seit Sommer schrittweise ein interinstitutionelles System (Präventionskette) früher Hilfen (im Rahmen der NRW Initiativen zur Schaffung von „Frühwarnsystemen“) eingeführt.
2. Das Präventionsnetzwerk bildet Fachkräfte, Eltern, Kinder und Politiker zu den Themen: Frühe Förderung, Prävention, Kinderschutz und Kinderarmut weiter und versteht sich als kommunales Bildungsnetzwerk.

## Thesen der Fraktion: Strategien gegen Kinderarmut in Sachsen-Anhalt

Der Bekämpfung der Kinderarmut muss in Sachsen-Anhalt politisch und gesellschaftlich Priorität eingeräumt werden. Die Zahlen der in Armut lebenden Kinder sind seit Jahren bekannt. Mit Stand Juli 2009 leben in Sachsen-Anhalt 72.359 Kinder unter 15 Jahren in Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen. Jeder dritte junge Mensch unter 15 Jahren (29,35 Prozent) ist einkommensarm. Wir wissen um die Folgen, die Armut für die Menschen und das Leben in Sachsen-Anhalt kurz-, mittel- und langfristig mit sich bringt. Aufgrund der vielschichtigen Auswirkungen von Kinderarmut ist es erforderlich, Handlungsstrategien zur Bekämpfung möglichst ressortübergreifend anzusetzen. Armutsbekämpfung ist nicht allein eine Frage der Sozialpolitik und auch nicht allein der Finanzpolitik.

### **These 1: Sozialziele machen Politik nachvollziehbar und können helfen, Kinderarmut gezielt zu bekämpfen.**

Sachsen-Anhalt hat sich fünf Gesundheitsziele gegeben. DIE LINKE hält es für sinnvoll, ähnlich den Gesundheitszielen konkrete Zielvorgaben im sozialen Bereich zu diskutieren und zu entwickeln. Ziele machen die Wirksamkeit politischen Handelns konkret überprüfbar und fordern dazu heraus, gezielte Maßnahmen, Instrumente und Methoden zu entwickeln, die der Zielerreichung dienen. Sozialziele müssen erreichbar sein und sollten deshalb realistisch formuliert sein. Die Erhöhung des Anteils von Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Verhältnissen an Ferienfreizeiten oder Maßnahmen der Familienbildung wäre hier z.B. eine erste Idee.

### **These 2: Kinderrechte müssen in der Landesverfassung verankert und auch berücksichtigt werden.**

Die umfassende Partizipation und die Berücksichtigung des Willens der Beteiligten soll keine Ausnahme, sondern die Regel in sämtlichen Einrichtungen und Hilfeprozessen sein. Dies zielt auf eine konsequente Demokratisierung aller Entscheidungsebenen und Institutionen.

Als Grundlage kommt hier der Landesverfassung eine große Bedeutung zu. Die Aufnahme von Kinderrechten führt zwar nicht zu materiellen Ansprüchen von Kindern gegen den Staat. Dennoch ist die grundsätzliche gesellschaftliche Wirkung der in der Verfassung fixierten Grundrechte in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Sie kennzeichnen Kinder als eigenständige Rechtssubjekte und können mit einem Wertewandel hin zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft einhergehen.

### **These 3: Eine klare Prioritätensetzung im Bereich der Haushaltspolitik ist notwendig.**

Der Landeshaushalt erfasst in den Jahren 2008 und 2009 ein Gesamtvolumen von 10 Milliarden Euro. Laut der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung wird er in den nächsten Jahren (geplant: 2010, 9,9 Mrd.; 2011, 9,8 Mrd.) nominal noch stabil bleiben.

Auch DIE LINKE weiß, dass sie den Euro nur einmal ausgeben kann und ein ausgeglichener Landeshaushalt angestrebt werden muss. Dies jedoch nicht um jeden Preis - Sparen ist kein Selbstzweck. DIE LINKE steht deshalb klar für eine Schwerpunktsetzung in der Haushaltspolitik. Zu den Ausgaben, die die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts am nachhaltigsten positiv beeinflussen können, zählen die Bildungsausgaben - von der Kita bis zur Hochschule. Daneben ist die Bereitstellung ausreichender Kommunalfinzen unerlässlich, um vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden langfristige Handlungsspielräume zu erhalten bzw. zurückzugewinnen. Die Kommunen sind wichtige Akteure im Bereich der Sozialpolitik, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier können Landesmittel intelligent und unbürokratisch gebündelt werden - ein Weg, den wir mit unseren Modellen der kommunalen Sozialpauschale und des kommunalen Familienpasses vorschlagen.

### **These 4: Moderne Standards in der Kinderbetreuung und eine solide Ausstattung der Jugendämter sichern gesundes Aufwachsen, Teilhabe und Bildungschancen.**

Die Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt setzt sich nach wie vor für einen gleichberechtigten Zugang aller Kinder in die Kindertageseinrichtung ein. Alle Kinder müssen unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Durch die weitere Qualifizierung der ErzieherInnen bis hin zur Hochschulausbildung kann die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kitas gesteigert werden. Eine Akademisierung wertet den Erzieherberuf zudem auf - dies ist ohnehin dringend notwendig, nicht nur vor dem Hintergrund, damit auch Männer für den Beruf in stärkerem Maße zu begeistern. Die ErzieherInnen benötigen dafür aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen, wie bspw. die gesetzliche Verankerung und entsprechende finanzielle Förderung von mindestens einer Vor- und Nachbereitungsstunde pro ErzieherIn in der Woche.

Jugendhilfe bedarf hoch qualifizierten Personals, das in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Frühzeitige präventive Hilfen und ein tatsächlicher Kinderschutz erfordern keine weiteren Grundrechtseinschränkungen für Familien. Netzwerke für mehr Kinderschutz sind unabdingbar, benötigen aber auch die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen. Neben der Schaffung mobiler Angebotsstrukturen besonders im ländlichen Raum, bedarf es vor allem gut ausgestatteter Jugendämter.

### **These 5: Zugang zu Bildung ist für uns Menschenrecht - es muss für alle gelten, zugleich ist allgemeine Bildung aussichtsreiche Grundlage für persönlichen und gesellschaftlichen Wohlstand wie auch Bedingung für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.**

Gerade Kinder aus einkommensschwachen Familien haben es in der Schule oft schwer oder es wird ihnen schwer gemacht. Armut wird so vererbt. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Dazu

wollen wir Bildungs- und Sozialpolitik enger miteinander verbinden. An allen Schulen soll eine Lernatmosphäre entwickelt werden, die es ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Milieus, mit und ohne Behinderungen, mit unterschiedlichen Lernstilen und verschiedenen Talenten mit Gewinn für alle zusammen und voneinander lernen können. Wir sind überzeugt, dass das am besten gelingt, wenn Kinder und Jugendliche länger als bisher gemeinsam zur Schule gehen. Vor allem aber muss sich dazu Schule inhaltlich und in ihrem Selbstverständnis wandeln. Sie muss von Integration statt von Auslese geprägt sein.

Beginnend mit den Grundschulen soll der pädagogische Prozess so qualifiziert werden, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf vor allem im Lernen und im sozialen Verhalten nicht mehr auf Förderschulen verwiesen werden.

Alle Schulen sollen ihre sozialpädagogische Verantwortung wahrnehmen und an mehr Schulen sind geeignete Unterstützungssysteme erforderlich.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildung ankommt. Damit Lernprozesse erfolgreich verlaufen können, muss Neugier, Interesse geweckt werden. Es kommt darauf an, dass Lehrerinnen und Lehrer besser an den sozialen Erfahrungswelten der Kinder und Jugendlichen anknüpfen und nicht über ihre Köpfe hinweg unterrichten. Ein sinnvoller Praxisbezug ist daher wichtig. Wir setzen uns für polytechnische Bildungsangebote an allen allgemein bildenden Schulen ein.

Wenn 30 Prozent der Schulkinder in Sachsen-Anhalt aus Familien kommen, die von Armut bedroht sind, ist es für uns ein Gebot dieser Umstände, nachhaltigen Ausgleich zu gewähren. Dazu gehört die freie Fahrt zur Bildungsstätte bis zum Abschluss der Schulzeit, genauso wie ein für alle erschwingliches Mittagessen.

Kinder und Jugendliche lernen nicht nur in der Schule, schon gar nicht lediglich im Unterricht. Chancengleichheit erfordert deshalb auch, moderne Medien, Bibliotheken, kulturelle und sportliche Betätigung wie Angebote für alle erschwinglich, erreichbar und offen zu halten. Wir treten für ein bedarfsgerechtes Netz von Ganztagschulen ein, die hier einen wichtigen Beitrag leisten können.

#### **These 6: Existenzsichernde Löhne sind die beste Prävention vor Kinderarmut.**

Arme Kinder leben in einkommensschwachen Familien. Die Forderung der LINKEN nach einem gesetzlichen Mindestlohn basiert vor allem auf dem Wissen, dass zunehmend immer mehr Menschen im sich ausbreitenden Niedriglohnsektor beschäftigt sind und von ihren Einkommen nicht leben können. Auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder zeigen, dass durch Mindestlöhne Armut verhindert oder beseitigt werden kann. DIE LINKE wird sich weiterhin im Bündnis für Mindestlohn und im Landtag von Sachsen-Anhalt hierfür stark machen.

#### **These 7: Armut begünstigt gesundheitliche Probleme.**

Die in Sachsen-Anhalt existierenden Gesundheitsziele benötigen lebenslagenorientierte Umsetzungsstrategien. Gesundes Aufwachsen hat viel mit dem Wissen über eine gesunde Lebensweise zu tun. So genannte bildungsferne Familien sind oft jedoch nicht mit-

tels klassischer Öffentlichkeitsarbeit erreichbar. Hier ist es wichtig, die Familien dort abzuholen, wo sie sich befinden – neue Wege der Ansprache und Information sind also gefragt. Neben anderen Institutionen stehen hier insbesondere die Kitas, die Schulen und die Jugend- und Familienverbände vor neuen Aufgaben. Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

#### **These 8: Freiwilligkeit und Ehrenamt – Netzwerke als Chance für mehr Kinderfreundlichkeit nutzen.**

Es existiert schon jetzt eine Reihe familienfreundlicher Unternehmen. Es beginnt ein Umdenken hin zu einer familienfreundlicheren Stadt- und Wohnungspolitik. Es wachsen Patenschaften zwischen Unternehmen, Kitas und Schulen und erste Betriebskitas werden entwickelt.

Die in den Familienbündnissen engagierten PartnerInnen aus Wirtschaft, Politik und Jugendhilfe müssen sich dem Thema Kinderarmut stellen und kurzfristige Lösungen für die betroffenen Familien entwickeln; seien es Patenschaften oder finanzielle oder sächliche Spenden. Daseinsvorsorge kann auch durch Social Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen in stärkerem Maße finanziell unterstützt werden. Die Spielräume sind da und müssen genutzt werden. Der Staat steht in der Verpflichtung, kann aber nur mit bürgerschaftlichem Engagement erfolgreich sein. Die Unterstützung und Würdigung von Freiwilligendiensten und ehrenamtlicher Arbeit ist wichtiger denn je.

[www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de)

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt